

Datenschutz

Hinweise zur Datenverarbeitung im Mandatsverhältnis oder in dessen Anbahnung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:
Rechtsanwalt bei dem Bundesgerichtshof Dr. Erich Waclawik, Kriegsstraße
49, 76133 Karlsruhe, Deutschland
E-Mail: kanzlei@wacławik-bghanwalt.de, Telefon: +49 721 933809-0

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art, Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie mir eine Mandatsanfrage stellen, erhebe ich folgende Informationen:

- Anrede samt Titel, Vornamen und Nachnamen
- E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telekommunikationsdaten (z.B. Festnetznummer, Mobilfunknummer, Faxnummer)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen eines Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie (als Mandanten) identifizieren zu können
- um Sie anwaltlich beraten und vertreten zu können
- um mit Ihnen zu korrespondieren
- zu der Rechnungsstellung
- zu der Abwicklung und Geltendmachung etwaiger Ansprüche

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (im Folgenden: DSGVO) zu den genannten Zwecken für die Bearbeitung des Mandats und für die beiderseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsverhältnis erforderlich.

Die für die Mandatierung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden über den Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, § 50 Abs. 1 BRAO) hinaus für eine Zeit von mindestens 10 Jahren nach dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, gespeichert, es sei denn, dass ich nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c DSGVO aufgrund von anderen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten zu einer längeren Speicherung verpflichtet bin. Eine Löschung der Daten erfolgt, soweit dies von gesetzlichen Vorschriften des nationalen Rechts oder des Unionsrechts gefordert wird.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie an Gerichte und an öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zu der Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Befugnisse

Sie haben nach Maßgabe der Bestimmungen der DSGVO das Recht auf Auskunft über die betreffenden personenbezogenen Daten und auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung deren Verarbeitung. Sie haben darüber hinaus ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Wenn die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch allerdings nicht berührt.

Sie haben auch ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde.